



Antrag

der Abgeordneten **Verena Osgyan, Markus Ganser**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umladehallen am Nürnberger Südbahnhof erhalten – Nicht voreilig Fakten schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich sofort für einen Abbruchstopp der Umladehallen am ehemaligen Nürnberger Südbahnhof einzusetzen und auf die Vertragsklausel, die einen Abbruch der Hallen vor der Grundstücksübergabe vorsieht, zu verzichten. Im Zuge der weiteren Kaufverhandlungen soll sie sich dafür einsetzen, dass die Hallen unangetastet bleiben.

Die Staatsregierung soll die Machbarkeit der Integration der Hallen in ein Konzept zur neuen Universität Nürnberg prüfen. Für das Areal soll ein sinnvolles städtebauliches Konzept erarbeitet werden. Die Staatsregierung möge dabei den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bei den architektonischen bzw. städtebaulichen Planungen zur neuen Universität mit einbeziehen.

Begründung:

Im Zuge des Baus der neuen Universität Nürnberg plant die Staatsregierung im Nürnberger Süden auf dem Gelände des ehemaligen Südbahnhofs den Ankauf einer Fläche zur Einrichtung der neuen Universität von der Aurelis Real Estate GmbH.

In ihrer Antwort auf die Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Verena Osgyan aus der 20. KW (Drs. 17/22210) legte die Staatsregierung dar, es gebe „zwischen den Beteiligten [...] Einvernehmen, dass Besitz, Nutzen und Lasten am Grundstück erst nach Beräumung der baulichen Anlagen, einschließlich der Umladehallen, durch den Verkäufer auf den Freistaat Bayern übergehen.“ Dieser Entschluss ist voreilig und stellt die Städteplanung im Nürnberger Süden vor vollendete Tatsachen.

Am 13.06.2018 nun veröffentlichte der bisherige Grundstückseigentümer auf seiner Homepage eine Pressemitteilung, laut der mit dem Abbruch der Umladehallen bereits begonnen werde. Um hier einen unwiederbringlichen Schaden zu vermeiden, sollte die Staatsregierung sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten beim bisherigen Eigentümer für einen Stopp der Abbrucharbeiten und einen Erhalt der Hallen einsetzen.

Fakt ist, dass es sich bei den Umladehallen am ehemaligen Nürnberger Südbahnhof um ein herausragendes Beispiel der Industriearchitektur des 20. Jahrhunderts handelt. Initiativen vor Ort haben konkrete Vorschläge gemacht, wie die Hallen erhalten und in den Bau einer neuen Universität und die Stadtentwicklung dieses Gebiets insgesamt integriert werden könnten.

Die Staatsregierung darf hier nicht unter vorgehaltener Hand vollendete Tatsachen schaffen, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen. Stattdessen sollten städtebauliche Erwägungen, Initiativen vor Ort und vonseiten des Landtags der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst eng in die Entwicklung der Flächen eingebunden werden wie das auch bei Vorhaben zu großen Konzertsälen und ähnlichen Vorhaben bereits geschehen ist.